

Alternativen zur Unterbringungspolitik des Kantons Bern

Bern, August 2012

Komitee «Fremdenhetze und Asylbusiness stoppen!»

Alternative Linke Bern (AL), Attac Bern, augenauf Bern, Bleiberecht-Kollektiv Bern, Debatte Forum, Demokratische Juristinnen und Juristen Bern (djb), Grünes Bündnis (GB), Grüne Partei Bern – Demokratische Alternative (GPB-DA), Junge Alternative (JA!), Junge Grüne Bern, JUSO Stadt Bern, Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA), SP Stadt Bern, Solidarité sans frontières (Sosf)

Einleitende Bemerkung

Seit dem Frühjahr 2012 setzt sich das «Komitee gegen Fremdenhetze und Asylbusiness» für eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden im Kanton Bern ein - unabhängig vom jeweiligen Stadium ihres Asylverfahrens. Im Besonderen kritisiert das Komitee dabei folgende Punkte:

- die verfehlte und repressiv ausgestaltete Unterbringungspolitik des Kantons Bern in Bezug auf Asylsuchende, speziell im Kontext gestiegener Asylgesuchszahlen seit Dezember 2010
- die mit der Unterbringungspolitik einhergehende und zunehmend verbreitete Privatisierung des Asylbereiches, einem der mit Abstand sensibelsten Sozialbereiche
- die inakzeptablen Lebensbedingungen für Asylsuchende im Kanton Bern, speziell im NUK Hochfeld.
- das Engagement der profitorientierten Firma ORS Services AG im Kanton Bern.

Das «Komitee gegen Fremdenhetze und Asylbusiness» zeigt in der Folge die verfehlte Unterbringungspolitik des Kantons Bern im Asylbereich auf und formuliert seine Kritik an Derselben. Weiter präsentieren wir Wege, wie diese Politik menschenwürdiger und erfolgreicher gestaltet werden kann. Als Erstes wird die Ausgangslage beschrieben, in welcher sich der Kanton Bern momentan befindet (A). Zweitens wird der status quo der Asylunterbringung einer detaillierten Kritik unterzogen (B). Und drittens präsentieren das Komitee basierend auf dieser Kritik Alternativen zur aktuellen Unterbringungspolitik des Berner Migrationsdienstes (C).

A) Zur aktuellen Unterbringungssituation im Asylbereich im Kanton Bern

Ausgangslage im Juli 2012

Der Kanton Bern ist gemäss nationalem Verteilschlüssel für die Unterbringung von rund 13,5 Prozent der Asylsuchenden verantwortlich. Dies entspricht per Ende Juni 2012 einer Zahl von rund 5813 Personen im Asylprozess und somit gerade einmal 0,003% der Einwohnerzahl des Kantons Bern. Der Migrationsdienst (MIDI) ist im Asylbereich des Kantons Bern für die strategischen Aufgaben (Steuerung und Kontrolle) zuständig und untersteht dem Amt für Migration und Personenstand (MIP). Das operative Geschäft (Ausrichtung der Sozialhilfe) wurde vom MIP/MIDI an fünf «Partnerorganisationen im Asylbereich (PA)» übertragen. Diese fünf PA sind:

- Asyl Biel und Region (ABR)
- Asylkoordination Thun
- Heilsarmee Flüchtlingshilfe
- Stadt Bern - Kompetenzzentrum Integration
- ORS Services AG

Mit Ausnahme der Stadt Bern / Kompetenzzentrum Integration führen die restlichen vier PA 25 Zentren (DZ, SAZ, NUK, und UMA-Zentren) zur Unterbringung von Asylsuchenden. Davon werden 10 von der ABR, 4 von der Asylkoordination Thun, 10 von der Heilsarmee Flüchtlingshilfe und eines von der ORS AG im Auftrag des Kantons Bern geführt.

Der Anstieg jährlich eingereicherter Asylneugesuche im Jahre 2011 von rund 15'000 auf 22'000 zeichnete sich bereits im Dezember 2010 ab. Ein möglicher Engpass in der Unterbringung war zu erwarten. Für das Jahr 2012 ist gemäss der jüngsten Statistik des Bundesamtes für Migration (BFM) mit einem weiteren Anstieg der Gesamtgesuchszahlen bis zum Jahresende (Prognose: 30'000 Gesuche) zu rechnen. In den ersten beiden Quartalen wurden bereits über 14'000 neue Gesuche eingereicht. Verglichen mit den Jahren 1999 oder 2002 sind diese Zahlen aber lediglich im gehobenen Durchschnitt anzusiedeln. Die Frage stellt sich, wie der Kanton Bern in der Phase von Dezember 2010 bis heute mit dem erwarteten Anstieg der Gesuchszahlen umging und welche Strategien er in der Unterbringungspolitik verfolgte und auch heute noch verfolgt.

2011: Anstieg der Asylgesuche und Eröffnung von Notunterkünften (NUK)

Aufgrund seiner stets provisorischen Asylpolitik musste der Kanton Bern seit Mitte 2011 befristete Notunterkünfte in Betrieb nehmen: zwei in Biel, je eine in Bern (Hochfeld), Köniz, Muri, Krauchthal und Uetendorf.¹ Dazu wurde Ende Februar das Durchgangszentrum Enggistein (Gemeinde Worb) wegen gravierenden baulichen Mängel geschlossen. Anfangs August wird es neu unter der Leitung von Asyl Biel und Region (ABR) wieder eröffnet.² Es sollen vor allem Bewohner_innen aus den NUK nach Enggistein transferiert werden. Im Juli 2012 erbittet Markus Aeschlimann, Geschäftsleiter des Amtes für Migration und Personenbestand (MIP) des Kantons Bern, trotzdem beim Bundesamt für Migration (BFM) einen «Notstopp» bei der Zuweisung von Asylsuchenden – der Kanton Bern habe «keinen

¹ Siehe Der Bund (21.4.2012): Kanton muss neue Asylunterkünfte schaffen

² Siehe Medienmitteilung des MIDI Bern: http://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2012/07/20120719_1105_gutshof_enggisteinwirdwiederzumdurchgangszentrum

einzigsten freien Platz mehr» für Asylsuchende.³ Die Beantragung eines solchen «Zuweisungsstopps» war absehbar: Bereits 2008 mussten unter Markus Aeschlimann Notunterkünfte eröffnet werden⁴, als die Asylzahlen kurzfristig gestiegen sind. Aus dieser Erfahrung hatte der Kanton Bern allerdings nichts gelernt resp. keine Vorsorgemassnahmen getätigt, damit Notunterkünfte, die für die Betroffenen schwer zu ertragen sind, nicht mehr eröffnet werden müssen. Nachdem nun seit Dezember 2010 ein Unterbringungsengpass zu erwarten war, hätte der Kanton Bern andere Lösungen finden müssen, was aber nicht gelang. Das Vorgehen des MIP/MIDI bei der Suche nach neuen Unterkünften muss dabei als ineffizient, kurzfristig sowie nicht lösungsorientiert und einfallslos bezeichnet werden (siehe B) 2. Wahl der Standorte). Der beantragte Zuweisungsstopp hätte also mittels alternativer Vorgehensweisen verhindert werden können und ist ein Ergebnis des eigenen Verfehlens. Als Rechtfertigung dazu beschrieb Iris Rivas die Probleme bei der Suche nach neuen Asylzentren folgendermassen: «*Das Finden von geeigneten Gebäuden und von konstruktiven, lösungs- und menschenorientierten Gemeindebehörden und –bevölkerungen ist leider jedoch fast unmöglich geworden und die seit Monaten andauernden Suchbemühungen blieben bislang erfolglos.*»⁵

B) Kritik an der Unterbringungspolitik des Kantons Bern

Das «Komitee gegen Fremdenhetze und Asylbusiness» kritisiert auf Grund der vorgängigen Analyse drei Aspekte bezüglich der Unterbringungspolitik des Kantons Bern:

- Wahl der als Asylzentren dienenden Liegenschaften (1)
- Wahl der Standorte der Asylzentren (2)
- Lebensbedingungen in den Asylzentren (3)

1. Wahl der als Asylzentren dienenden Liegenschaften

Bei den meisten Zentren im Kanton Bern handelt es sich um Masslager, in denen zwischen 60 bis 160 Asylsuchende untergebracht werden. Für die seit August 2011 eröffneten NUK trifft dies unisono zu. Die fehlende Privatsphäre, der Platzmangel und die fehlenden Ausweichmöglichkeiten, da weder Geld noch Arbeit vorhanden sind, tragen der prekären Situation von oftmals traumatisierten Flüchtlingen häufig nur unzureichend Rechnung. Deshalb kommt es innerhalb der Zentren häufiger zu Spannungen. In den als NUK geführten Bunkeranlagen ist die Lage am prekärsten. Unterirdische Zivilschutzanlagen mögen vielleicht als Unterkunft für Rekruten des Schweizerischen Militärs für eine gewisse Dauer taugen, sind aber völlig ungeeignet für traumatisierte Flüchtlinge mit unsicherer Zukunftsperspektive und ohne strukturelle Unterstützung (beispielsweise Familien). Zudem haben kleinere Gemeinden oftmals Mühe, auf einmal eine solch grosse Anzahl an Asylsuchenden aufzunehmen. Grosse Zentren stossen auf weniger Akzeptanz bei Gemeinden und führen zu Problemen im Zentrumsbetrieb. Als Beispiel sei hier der «Fall Bettwil» erwähnt.

2. Wahl der Standorte der Asylzentren

Asylsuchende werden oftmals in ländlichen Regionen und dadurch (absichtlich) von der

³ Siehe Der Sonntag (22.7.2012): Asyl: Bern und Waadt in Not

⁴ Siehe Berner Zeitung (31.10.2008): Bern wählt Standort Länggasse

⁵ Das Zitat wurde einem Schreiben von Iris Rivas entnommen.

Gesellschaft isoliert untergebracht. Die meisten Asylsuchenden würden eine Unterbringung in urbanen Regionen bevorzugen, da nur schon die Akzeptanz von Asylsuchenden bei der urbanen Bevölkerung erfahrungsgemäss grösser ist und die Asylsuchenden ihre individuellen Bedürfnisse eigenständiger und einfacher decken können. Deshalb lässt sich ein entspannter Zentrumsbetrieb in den urbanen Regionen Berns einfacher gewährleisten. Zudem eignen sich die Städte Bern, Thun oder Biel als Standorte für Unterkünfte von Asylsuchenden, weil die geographische Nähe zum Berner Migrationsdienst besteht und die Asylsuchenden somit die verschiedenen Amtsgänge einfacher wahrnehmen können.

In Bezug auf den seit Dezember 2010 drohenden Unterbringungsengpass ignorierte das MIDI diese Faktoren bei der Suche nach zusätzlichen Notunterkünften bewusst. Eine genaue Betrachtung der Bemühungen des MIDI zeigt auf, dass seine Anstrengungen überschaubar klein waren. Die Tabelle gibt Aufschluss:

Übersicht Notunterkünfte Kanton Bern

Standort	Zentrum	Letztmals betrieben	Betrieben seit	Letzte PA	Jetztige PA
NUK Linde Biel	unterirdisch	ab Ende 2008 bis Oktober 2009	Ende 2011	ABR	ABR
NUK BBZ Biel	unterirdisch	ab Ende 2008	Februar 2012	ABR	ABR
NUK Hochfeld	unterirdisch	November 2008	Januar 2012	Heilsarmee Flüchtlingshilfe	ORS AG
NUK Köniz / Dreispitz	oberirdisch	Dezember 2008 bis Januar 2011	August 2011	Heilsarmee Flüchtlingshilfe	Heilsarmee Flüchtlingshilfe
NUK Siloah Muri-Gümligen	unterirdisch	Ende 2008 bis Mitte 2009	seit Oktober 2011	Heilsarmee Flüchtlingshilfe	Heilsarmee Flüchtlingshilfe
NUK Krauchthal	unterirdisch	2008/09	geschlossen - Mitte November 2011 bis Mitte 2012	Heilsarmee Flüchtlingshilfe	Heilsarmee Flüchtlingshilfe
NUK Uetendorf	unterirdisch	Ende 2008 bis Ende Mai 2009	Dezember 2011	ABR	Asylkoordination Thun

Wie intensiv waren die Bemühungen des MIDI? Alle der in den letzten 10 Monaten eröffneten NUK waren bereits während dem letzten Unterbringungsengpass Ende 2008 in Betrieb. Der MIDI hat also kein einziges «neues» Zentrum eröffnet. In fünf von sieben Fällen ging kein Wechsel der PA vonstatten (Ausnahmen: Hochfeld und Uetendorf). Administrative Probleme, welche die erneute Inbetriebnahme dieser Zentren hätten erschweren könnten, sind also nicht gegeben. Der Wechsel im Falle der ORS AG wirft seitdem ungeklärte Fragen auf (siehe B) unter «Die Rolle der ORS AG»).

Mit Ausnahme der NUK Köniz / Dreispitz sind sechs der sieben NUK unterirdischer Art - nicht eben zufällig. Die einzige Unterkunft oberirdischer Art, welche der Kanton Bern in den letzten Monaten präsentieren konnte und NICHT bereits 2008 oder vorher einmal in Betrieb war, stellt die Armeenanlage «Hellchöpfli» in Laupersdorf dar. Deren Inbetriebnahme scheiterte allerdings am Widerstand der Gemeinde. Die Auswahl dieses Zentrums war ein Gemeinschaftsprojekt der Kantone Bern und Solothurn. Abgesehen von seiner oberirdischen Bauart erfüllt das «Hellchöpfli» exakt die vom Komitee angeprangerten und vom Kanton Bern bewusst gesuchten Kriterien: **abgelegen/isoliert, menschenunwürdige Lebensbedingungen in Massenlagern, wenn möglich unterirdisch.** In dieses Unterbringungsmuster gliedern sich auch die letzten Winter vorübergehend geführte Anlage

auf dem Jaunpass (BE), sowie das Zentrum «Tschorren» auf dem Hasliberg ein. Beide Anlagen werden resp. wurden von der ORS AG im Bundesmandat geführt.

Als Zwischenfazit ist an dieser Stelle folgendes festzuhalten:

- der MIDI erwies sich bei der Suche nach zusätzlichen Unterkünften im Kanton Bern als uninspiriert, einfallslos und somit ineffizient, inkompetent wie erfolglos. Alternativen zum gängigen Vorgehen wurden gar nicht in Betracht gezogen, geschweige denn präsentiert.
- bei der Vergabe der Aufträge an die PA herrscht beim MIDI Intransparenz. Die Leistungsverträge mit den PA sind nicht einseh-, die Kriterien welche zur Vergabe führen nicht nachvollziehbar.
- die fehlende Bereitschaft zur Suche nach alternativen Unterbringungsmodellen hat System. Der Tendenz auf nationaler Ebene zu abgelegenen «Internierungslagern» folgend, bemühte sich der MIDI vorwiegend um Unterkünfte, welche diesem Unterbringungsmuster entsprechen. Eine solche Unterbringungs politik im Asylbereich führt automatisch zu Missständen und ist den Bedürfnissen der Asylsuchenden entgegengerichtet. Sie folgt einer Logik der Abschreckung, welche seit 30 Jahren im Asylbereich erfolglos betrieben wird.

3. Lebensbedingungen in den Asylzentren

Asylsuchende befinden sich grundsätzlich in einer schwierigen Lebenssituation. Diese wird zusätzlich erschwert, wenn sie in unterirdischen Zivilschutzanlagen untergebracht werden, in welchen beispielsweise keine Kochmöglichkeiten bestehen und ihre Eigenständigkeit durch fehlende finanzielle Mittel stark beschränkt wird, wie bspw. in der Notunterkunft Hochfeld der Fall ist. Die unterirdische Unterbringung von Asylsuchenden wird nach dem Willen des MIDI im «Optimalfall» durch die Komponente ablegen/isoliert ergänzt. Die bewusste Schaffung solcher Lebensbedingungen ist inakzeptabel.

Vorprogrammierter Widerstand durch die Betroffenen

Vom Migrations- oder Asylbereich unabhängig ist klar: unannehmbare Lebensbedingungen führen irgendwann zu Widerstand von Betroffenen. Eines der ersten Durchgangszentren, welches sich mit Widerstand der Asylsuchenden gegen ihre inakzeptablen Lebensbedingungen konfrontiert sah, war jenes in Lyss. Im Falle dieser Unterkunft handelt es sich um ein Massenzentrum welches 160 Asylsuchenden Platz bietet. In Lyss wurde laut Zeitungsberichten ein Anstieg von Kleinkriminalität (Diebstähle) festgestellt.⁶ Als Lösung wurde ein neues Sicherheitskonzept präsentiert, dessen wichtigster Bestandteil der Einsatz von Securitas war. Laut Angaben des MIDI sank die Kleinkriminalität in Lyss in Folge der Einführung des neuen Sicherheitskonzeptes. Die Leiterin des Berner Migrationsdienstes, Iris Rivas, sah sich bestätigt und führte die Sicherheitsmassnahmen andernorts auch ein - mittlerweile gelten diese für alle Asylzentren im Kanton Bern. Dadurch stiegen die Sicherheitskosten an: Laut Iris Rivas betragen die Sicherheitskosten im Asylbereich aktuell über 100'000 Franken im Monat.⁷

Die Problemlösungsstrategie «erhöhter Einsatz von Sicherheitskräften» wird auch im Extremfall angewandt: Am 8. Juli 2012 kam es im SAZ Eschenhof zu einem tragischen Todesfall. Auch wenn kein monokausaler Zusammenhang zwischen der Unterbringungssituation und dem Todesfall hergestellt werden darf: Die

⁶ Siehe Berner Zeitung (14.9.2011): Die Anzahl Einbrüche hat sich verdreifacht

⁷ Siehe Berner Zeitung (11.5.2012): Teure Sicherheit in Asylzentren.

menschenunwürdigen Zustände im Nothilfe-Regime des Kantons Bern machen die NothilfebezügerInnen «krank».⁸ Die allgemein schwierige Situation von Nothilfebezüger_innen wird durch die gezielte Schaffung eines ihnen feindlichen Umfeldes verschärft. Dies hat einen grossen Einfluss auf die bereits labile psychische Verfassung der Menschen und kann zu Eskalationen und unter Umständen zu tragischen Konsequenzen wie der geschilderten führen. Eine Verminderung der Stressfaktoren wäre somit eine adäquate und nötige Präventionsmassnahme. Die Reaktion des Berner Migrationsdienstes auf die Tragödie fiel allerdings wie gewohnt und deshalb fragwürdig aus: mehr Sicherheitskräfte.

Nach den Vorfällen in Lyss kam es auch in den Sachabgabezentren (SAZ) des Kantons Bern (Zentren für abgewiesene Asylsuchende) wiederholt zu heftigen Protesten seitens der Bewohner_innen⁹. Im Gegensatz dazu waren die Durchgangszentren, Notunterkünfte und UMA-Zentren davon nicht betroffen. Dies änderte sich, als die NUK Hochfeld im Januar 2012 unter der Leitung der ORS AG eröffnet wurde. Dass es nun gerade in dieser Notunterkunft Hochfeld zu wiederholten Protesten kam¹⁰, überrascht indes nicht: die NUK Hochfeld ähnelt in Bezug auf die Lebensbedingungen den SAZ, die Bewohner erhalten kein Geld, sie sind in ihrer Eigenständigkeit stark eingeschränkt und können somit ihren Alltag nicht selber gestalten. Zudem können sie in der NUK Hochfeld nicht selber kochen und sind unterirdisch in Massenschlägen untergebracht. Verschiedene andere Missstände tragen zu der erschwerten Situation in der NUK Hochfeld bei. Die Betroffenen und das Komitee haben auf diese Missstände in den vergangenen drei Monaten wiederholt aufmerksam gemacht.

Die Rolle der ORS Services AG - der Hochfeldbunker

Die Betriebsvergabe des Hochfeldbunkers an die ORS AG im Dezember 2011 warf Fragen auf.¹¹ 2008 wurde der gleiche Bunker unter anderen Vorzeichen und Bedingungen noch von der Heilsarmee Flüchtlingshilfe geführt. Auch vor einem halben Jahr bekundete sie an der Vergabe deshalb Interesse. Warum also ging der Zuschlag an die ORS AG, eine Firma, die bis dato im Kanton Bern keine Kantonsmandate hielt und letztmals Ende 2006 im Kanton Bern tätig war? Verschiedene Gründe erscheinen plausibel. Die Nichtberücksichtigung bei der Vergabe eines vormalig von ihr geführten Zentrums trifft die Heilsarmee Flüchtlingshilfe 2012 zwei Mal: in Enggistein¹² und im Hochfeldbunker. Ist die Heilsarmee dem gegenüber anno 2008 Ende 2011 neu von Iris Rivas geleiteten MIDI zu unbequem? «Die Heilsarmee habe oft Obstruktion betrieben und betont, sie sei nicht der verlängerte Arm der Fremdenpolizei»¹³, heisst es in einem kürzlich in der Berner Zeitung erschienenen Artikel, welcher sich mit der Vergabepolitik im Berner Asylwesen beschäftigt. Die Politik des MIDI ist diejenige einer möglichst stillen Repression: Käser, Aeschlimann und Rivas betrachten das Asylwesen mehr als polizeilichen Vollzugs- denn als Sozialbereich. Die ORS AG mimt hier den idealen Partner. Politik ist bei der ORS schlecht fürs Geschäft, weswegen jegliche politische Verantwortung verneint wird. In ihrer stummen und gewissenlosen Beihilfe zur kantonalen (wie nationalen) Verschärfungspolitik ist die einzige politische Message der ORS

⁸ Siehe u.a. Der Bund (12.7.2012): Das Nothilferegime macht die Menschen krank; Der Bund (23.7.2012): Traumatisierte sind oft nicht erfolgreich im Asylverfahren

⁹ Siehe beispielsweise Der Bund (6.3.2012): Sachabgabe-Politik in der Kritik

¹⁰ Siehe beispielsweise Tages-Anzeiger online (18.7.2012): Turbulente Szenen vor Asylzentrum

¹¹ Vgl. Der Bund online (5. Januar 2012): Notunterkunft Hochfeld: Kanton erteilt Heilsarmee Absage.

<http://www.derbund.ch/bern/nachrichten/Notunterkunft-Hochfeld-Kanton-erteilt-Heilsarmee-Absage/story/26527871>

¹² Vgl. BZ Online: Im Zentrum Enggistein weht ein neuer Wind. <http://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Durchgangszentrum-Enggistein-wird-wieder-eroeffnet/story/16821755>

¹³ Vgl. BZ Online (26.7.2012): Verdächtige Seilschaften im Berner Asylgeschäft. <http://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Wie-die-Heilsarmee-zu-ihrem-Auftrag-kam/story/27167785>

AG zu erkennen. Oliver Müller, Leiter der NUK Hochfeld lies in einem Interview im Bund unlängst verlauten: «Es liegt nicht an mir, die Unterkunft auszuwählen».¹⁴ Und die Geschäftsleitung der ORS AG betonte in ihren öffentlichen Statements unablässig, dass sie «lediglich für die Betreuung der Asylsuchenden zuständig sei». Dies offenbart die politische Haltung der ORS - die der Politik des MIDI äusserst gelegen kommt. Ihr Geschäft verrichtet die ORS AG dabei als Aktiengesellschaft, um - wie jede AG - Gewinne zu erzielen. Diese Absicht immer wieder zu dementieren widerspricht schlicht dem Kerngeschäft einer AG, nämlich gewinnorientiert für ihre Aktionär_innen Profite zu machen. Die Ausgangslage im Gesamtüberblick der Indizien lässt plausibel erscheinen, dass die ORS AG nicht viel mehr als eine politisch wie ethisch gewissenlose Umsetzungsinstanz der restriktiven Asylpolitik des MIDI ist. Eine Rolle, welche die ORS AG gerne wahrnimmt, und dies, zu Lasten der Asylsuchenden.

In einem Zwischenfazit lässt sich bezüglich der Lebensbedingungen von Asylsuchenden im Kanton Bern deshalb folgendes feststellen:

- Die Lebensbedingungen in den SAZ sowie in der unterirdischen Notunterkunft Hochfeld sind für die Bewohner_innen unannehmbar. **Der Widerstand der jeweiligen Bewohner_innen tritt hierbei den deutlichen Beweis an.** Während diese Bedingungen in den SAZ von der repressiven Ausgestaltung des Nothilfe-Regimes herrühren¹⁵ sind sie in der NUK Hochfeld als direkte Folge der Geschäftspraxis der ORS AG, resp. der Politik des Auftragsgebers MIDI, zu verorten.

- Beim Auftreten von Widerstand setzt das MIDI auf die Präsenz von mehr Sicherheitspersonal. Die zusätzlichen Sicherheitskräfte lösen allerdings keine Probleme, sondern dienen primär als kostspielige Beruhigungspillen für die lokale Bevölkerung, damit die Akzeptanz des örtlich betroffenen Asylzentrums nicht sinkt. Dieses Vorgehen ist als reine Symbolpolitik zu bezeichnen, die sich mit den wahrhaftigen Missständen nicht auseinander setzen möchte. Es entspricht der politischen Strategie, im Problemfall «etwas zu tun» - aus Sicht des Komitees aber leider das Falsche.

C) Alternativen zur Unterbringungspolitik des Kantons Bern

In diesem Kapitel soll eine alternative Unterbringungspolitik zu Gunsten der Asylsuchenden und deren Lebensrealitäten entsprechend skizziert werden. Diese alternative Unterbringungspolitik wird in ihrer Ganzheit nicht auf die Schnelle umsetzbar sein, kann aber bereits heute für den Berner Migrationsdienst als Orientierungspunkt dienen. Zudem sollen alternative Suchstrategien für Asylunterkünfte präsentiert werden.

Alternatives Vorgehen bei der Suche nach Unterkünften

Der Berner Migrationsdienst muss bei der Suche nach Asylunterkünften den Fokus auf kleinere Zentren, wenn möglich auf Sozialwohnungen legen, die sich optimalerweise in urbanen Regionen befinden. Dies bringt verschiedene Vorteile mit:

- ***Akzeptanz bei den Gemeinden:*** Kleinere Unterkünfte mit weniger Asylsuchende stellen die Gemeinden nicht vor unlösbare Aufgaben. Die Gemeinden sind nicht

¹⁴ Vgl. Der Bund Online (31.7.2012): Es liegt nicht an mir, die Unterkunft auszuwählen . <http://www.derbund.ch/bern/stadt/Es-liegt-nicht-an-mir-die-Unterkunft-auszuwaehlen/story/25245765>

¹⁵ Siehe www.nothilfe-kampagne.ch

überfordert. Die Ängste der Bevölkerung werden gesenkt, da die Schaffung von Kontaktmöglichkeiten durch die kleine Anzahl an Asylsuchenden zu der restlichen Bevölkerung vereinfacht wird. Auch die Infrastruktur der Gemeinden (z.B. Schulen) wird nicht überbeansprucht.

- **Stärkung der Eigenständigkeit:** Die Asylsuchenden können für sich selber sorgen, beispielsweise für sich selber kochen. Sie können wählen, mit wem sie den Kontakt suchen. Das Zusammenleben ist einfacher zu regeln. Die Mitarbeitenden von kleineren Zentren können individueller auf die Bedürfnisse der Asylsuchenden eingehen und psychische Probleme auffangen. Dadurch können Aufwände und Kosten (z.B. teurer externer Einkauf des Essens in der Notunterkunft Hochfeld) gesenkt werden. Gleichzeitig trägt die höhere Eigenständigkeit erheblich zu einer gesunden psychischen Verfassung der Menschen bei.
- **Urbanität als Vorteil:** Ein Grossteil der Asylsuchenden bevorzugt urbane Regionen als Wohnorte, da es ihrer Lebensgestaltung entgegenkommt. Zudem verläuft der Kontakt zu den in der Stadt Bern ansässigen Behörden (Berner Migrationsdienst oder Bundesamt für Migration) viel einfacher. Weiter befinden sich auch Beratungsstellen eher in urbanen Regionen und die Beschäftigungsmöglichkeiten sind vielfältiger und zahlreicher.
- **Verbesserung der Lebensbedingungen:** Die Asylsuchenden verfügen in kleineren Unterkünften über mehr Privatsphäre. Sie können anderen Mitbewohner_innen mit Konfliktpotential besser ausweichen. Auch die Einrichtung fällt individueller aus, da die Asylsuchenden eine angenehmere Situation vorfinden. Das Stress- und Konfliktpotential wird erheblich gesenkt.
- **Senkung der Kosten:** Neben Kosten für Infrastruktur (z.B. eine externe Essenslieferung) können die massiven Sicherheitskosten weggespart werden. Die Securitas wurde bereits als «teure Beruhigungsspielle» für die lokale Bevölkerung beschrieben. Aufgrund kleinerer Unterkünfte würden Sicherheitskonzepte als Beruhigungsmassnahmen überflüssig. Dieses Geld könnte wiederum in verbesserte Lebensbedingungen oder Integrationsmassnahmen zu Gunsten der Asylsuchenden fließen.
- **Glaubwürdigkeit und Akzeptanz in der Bevölkerung:** Auch wenn die gesellschaftlichen Vorzeichen in der Schweiz seit längerem anders stehen: Das Asylwesen ist ein sozialer Bereich, der auf einem gesamtgesellschaftlich bejahenden Konsens aufbaut. Dieser Konsens scheint in Vergessenheit geraten zu sein und muss dementsprechend wieder gefördert werden. Wenn Asylsuchende in grossen Zentren, möglichst abgelegen untergebracht werden, so ist dies der Akzeptanz in keinem Masse förderlich, sondern viel mehr kontraproduktiv, weil die Basis für jegliche Akzeptanz im Sozialbereich der Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen ist. Viele Meinungen in der Schweizer Bevölkerung zum Asylwesen beruhen auf Halb- oder Desinformationen und trägt somit zu einer Verklärung und zu einem vorwiegend negativen Gesamtbild bei. Durch direkten Austausch und stärkere Durchmischung würde dem Abhilfe leisten. Zudem gilt es vehement zu betonen, dass der Asylbereich **dem sozialen Bereich** zugehörig ist - und kein polizeiliches Vollzugswesen darstellt.

Für das «Komitee gegen Fremdenhetze und Asylbusiness» stellen die hier aufgezeigten alternativen Vorgehensweisen bereits heute einen Ansatz dar, um die «Unterbringungs­krise» im Asylbereich zu mildern und die aus unserer Sicht hausgemachten Probleme rund um die Massen­asylzentren zu lösen.

Alternative Formen der Unterbringung

Obgleich unser Komitee das Asylwesen als einen gesamtgesellschaftlichen und somit unter staatlicher Obhut gehörenden Bereich betrachtet, sehen wir verschiedene alternative Möglichkeiten, um neue Asylunterkünfte zur Verfügung zu stellen. In der Folge sollen einige kurz vorgestellt werden. Diese sollen als Anregung für den Berner Migrationsdienst dienen, welcher mit der Suche nach neuen Unterbringungen Mühe bekundet (siehe diesbezüglich Aussagen von Iris Rivas weiter oben). Die Suche sollte sich an Objekten orientieren, die den vorgängig erwähnten Punkten einer alternativen Unterbringungs­politik Rechnung trägt.

- **Umnutzung von Büroräumlichkeiten:** In der Stadt Bern stehen immer mehr Büroräumlichkeiten zur Verfügung.¹⁶ Im Stadtteil Länggasse befindet sich laut der Studie des Immobilienunternehmens Colliers International Schweiz 4,7 Prozent der Büros im Leerstand. Die leerstehenden Büros können zu Wohnräumen bzw. zu Asylunterkünften umgebaut werden. Dies kann vor allem bei Büros, die ehemals Wohnungen waren, ohne grösseren Aufwand geschehen.
- **Entlastung durch sofortigen Transfer in Sozialwohnungen:** Die Asylsuchenden kommen heute nach einigen Monaten in Sozialwohnungen (sogenannte «Transfers»). Ideal wäre, wenn die Asylsuchenden von Beginn an in solchen Wohnungen untergebracht würden (wie dies in Schweden beispielsweise grosszügig praktiziert wird¹⁷) oder zumindest bei Mangel an Plätzen in Durchgangszentren schneller in die Sozialwohnungen transferiert werden. Um neue Sozialwohnungen zu erwerben, lohnt es sich für den Kanton Bern, Geld in die Hand zu nehmen. Durch die Verteilung der Asylsuchenden auf verschiedene Wohnungen könnten viele Probleme vermieden werden (siehe vorherige Punkte). Auch die Unterbringung in eigens dafür zur Verfügung stehenden Liegenschaften mit verschiedenen privaten Wohnungen wäre denkbar.
- **Unterbringung durch Communities:** Die Zusammenarbeit mit den Communities der jeweiligen Asylsuchenden kann bei der Unterbringung von Vorteil sein. Durch die finanzielle Unterstützung von Communities, Verwandten und Bekannten kann bezüglich der Unterbringungssituation Abhilfe geschaffen werden. Die Asylsuchenden könnten in einem familiären Umfeld in der Schweiz Fuss fassen.
- **Anfrage an kirchliche Institutionen zur Nutzung ihrer Räumlichkeiten:** Die kirchlichen Institutionen müssen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden einbezogen werden.
- **Kauf von Räumlichkeiten:** Der Kanton Bern muss mehr Räumlichkeit in urbanen Regionen kaufen, die als Unterkünfte für Asylsuchende dienen könnten. Hierbei stellen auch langfristige Mietkauf-Verträge zu vorteilhaften Konditionen in Kollaboration mit Immobilienhaltern wie der Burgergemeinde eine Option dar.

¹⁶ Siehe Berner Zeitung (8.2.2012): Exodus bringt leere Büros in der City

¹⁷ Vgl. Website der Government Offices of Sweden: <http://www.sweden.gov.se/sb/d/11901/a/125266>

- **Einbindung der Zivilgesellschaft über Patenschaften:** Über ein Netzwerk von solidarisierenden Mitbürger_innen wäre es möglich, kleinere wie auch grössere Leistungen für Asylsuchende im Sinne einer Patenschaft zur Verfügung zu stellen, welche den direkten Austausch, dadurch die Integration der Asylsuchenden und somit die Akzeptanz des gesamten Asylwesens im Kanton Bern verbessern könnten. Diese Leistungen könnten vom Sprach-Tandem bis zur privaten Unterbringung von Asylsuchenden verschiedenste Leistungen beinhalten.
- **Einführung von Container-Siedlung im urbanen Raum:** In der Stadt Bern, Thun und Biel muss eruiert werden, ob es Grundstücke gibt, an denen Container-Siedlungen für Asylsuchende entstehen könnten. Voraussetzung wäre, dass die Siedlungen nicht fernab von bewohnten Stadtquartieren errichtet werden und die Verbindung zur Innenstadt durch den Öffentlichen Verkehr einfach gewährleistet wird. Zudem sollten die Siedlungen nicht überfüllt werden – in den Räumlichkeiten sollten Privatsphäre für die einzelnen Asylsuchenden hergestellt werden. Die Container-Siedlungen wären relativ schnell aufgestellt. Trotz einigen Nachteilen (u.a. Absonderung) ist diese Lösung einer Notunterkunft in der Zivilschutzanlage vorzuziehen.

Bei der Suche nach neuen Unterkünften für Asylsuchende müssen verschiedene Strategien kombiniert werden, um die Notunterkünfte in Zivilschutzanlagen und Massenlagern abseits der urbanen Regionen erfolgreich zu ersetzen.

D) Schlussbemerkung

Das Asylwesen ist ein sozialer Bereich. Es fusst auf einem gesamtgesellschaftlichen Konsens, der aussagt, dass die Schweiz bereitwillig Flüchtlinge aufnimmt und für deren menschenwürdige Behandlung in allen Bereichen sorgt. Dieser Konsens ist in der aktuellen Politik des Kantons Bern nicht auszumachen. Änderungen sind somit notwendig.

Unsere gemachten Beobachtungen, Überlegungen und Vorschläge sind nicht nur neu. Auch die geschilderten Probleme sind es nicht. Ein Auszug aus dem Projekt «Patenschaften für Flüchtlingsfamilien» vom Bayrischen Flüchtlingsrat zur Situation in Neuburg (D) aus dem Jahre 2005 liest sich beinahe wie die Schilderung dessen, was unser Komitee seit rund drei Monaten in Bern debattiert:

«Dass sich die Asylbewerber in der Neuburger Gemeinschaftsunterkunft in letzter Zeit lautstark über die Lebensumstände im Lager beschwerten, ist bei einigen Menschen auf Unverständnis gestoßen. Die Flüchtlinge sollten froh und dankbar sein, dass sie in Deutschland aufgenommen werden und hier "in Frieden" leben können, argumentieren die Wortführer. Dem muss man entgegenhalten, dass die meisten der Flüchtlinge in der Tat froh und dankbar für die Hilfe ihrer Gastgeber sind. Aber kann man ihnen wirklich verdenken, dass sie sich dagegen wehren, in Lagern untergebracht und ausgegrenzt zu werden? Die leidenschaftlichen Berichte der Flüchtlinge über ihre Lebensumstände beim "Runden Tisch" haben gezeigt, dass es ihnen nicht in erster Linie darum geht, ob sie eine Banane statt einem Apfel in ihrem Essenspaket haben, sondern darum, dass sie dazugehören - darum, dass auch ihnen jemand zuhört, darum, dass auch sie ernst genommen werden. Für ihn seien Kontakte wichtig, sagte ein Iraner. Gerade aus diesem Grund setzt der Bayerische Flüchtlingsrat auf die kleinen Zeichen wohlwissend, dass die zuständige Regierung von Oberbayern wenig Interesse für die Sorgen der

Asylbewerber hat. Aufgerufen sind hingegen die Neuburger, einen Schritt auf die Flüchtlinge zuzugehen und sie als das zu sehen, was sie sind, nämlich gleichwertige Mitbürger. Nichts anderes würden wir uns wünschen, wenn wir Ausländer in einem fremden Land wären.¹⁸

Im Grundsatz geht es also um die übergeordnete Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Asylsuchenden. Wird bei der Unterbringung und ganz im Allgemeinen ein grundsätzlich feindliches Umfeld geschaffen, bringt das weitere negative Folgen mit sich. Oliver Schwald vom Ambulatorium für Folter- und Kriegsoffer formuliert die eigentliche Gretchenfrage, wenn er sagt: «Wollen wir die Leute in der Schweiz aus einem humanitären Gedanken aufnehmen, oder möchten wir das nicht? Sie aufzunehmen und ihnen nichts zur Verfügung zu stellen, ist nicht der richtige Weg.»¹⁹

Das Komitee «Fremdenhetze und Asylbusiness stoppen» hat im vorliegenden Dokument nun aufgezeigt, welche Lösungsansätze es verfolgen würde. Wir bieten Hand für Alternativen, die realisier- und umsetzbar sind.

Bern, August 2012

¹⁸ <http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/pressebericht/items/patenschaften-fuer-fluechtlingsfamilien.html>
¹⁹ Der Bund (23.7.2012): Traumatisierte sind oft nicht erfolgreich im Asylverfahren